

Beschluss
des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung
vom 14.02.2023

- öffentlich -
- einstimmig angenommen -

Schaffung einer Beratungsstelle bzw. Verstärkung der vorhandenen Beratungsstellen zur Unterstützung von türkischen und syrischen Staatsangehörigen bei ihrer Aufnahme der von der Erdbeben-Katastrophe betroffenen Angehörigen in Deutschland

Antragsteller: Mouatasem Alrifai

Der Integrationsrat schlägt der Nürnberger Stadtverwaltung vor, eine neue spezielle Beratungsstelle zu schaffen oder die städtischen Beratungsstellen zu verstärken, um türkischen und syrischen Staatsangehörigen in Nürnberg, die ihre von der Erdbeben-Katastrophe betroffenen Angehörigen nach Deutschland holen möchten, bei der Ausfüllung und Stellung der Anträge zu unterstützen und diese Aufgabe möglichst schnell und unbürokratisch zu erfüllen.

Begründung:

Die Schaffung einer neuen Beratungsstelle oder die Verstärkung der städtischen Beratungsstellen ist notwendig, um den betroffenen Personen in ihrer Notlage zu helfen. Insbesondere nach der kürzlichen Erdbeben-Katastrophe in der Türkei und in Syrien sind viele Familienangehörige in Deutschland bestrebt, ihre von der Katastrophe betroffenen Verwandten zu sich zu holen. Die Beantragung dieser Einreise und die damit verbundenen Formalitäten können für viele Antragstellerinnen und Antragstellern jedoch eine Herausforderung darstellen, insbesondere aufgrund sprachlicher Barrieren und der Komplexität der Bürokratie.

Durch die Schaffung einer speziellen Beratungsstelle oder die Verstärkung der städtischen Beratungsstellen wird den Betroffenen eine Unterstützung bei der Ausfüllung und Stellung der Anträge geboten. Die Umsetzung des Antrags ist somit von großer Bedeutung für die betroffenen Menschen und kann dazu beitragen, den Prozess zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Nürnberg als Stadt des Friedens und der Menschenrechte hat eine besondere Verantwortung, Menschen in Not zu unterstützen. Die Schaffung einer Beratungsstelle oder die Verstärkung der städtischen Beratungsstellen für türkische und syrische Staatsangehörige, deren Angehörige von der Erdbeben-Katastrophe betroffen sind, ist ein wichtiger Schritt, um diesen Menschen in ihrer Not zu helfen und ihnen ein Stückchen Frieden und Hoffnung zu geben. Indem wir als Stadt Nürnberg schnell und effektiv handeln, können wir unser Engagement für Frieden und Menschenrechte unter Beweis stellen und dazu beitragen, dass die Betroffenen schneller Unterstützung und Hilfe erhalten.

Dieser Antrag ist ein Eilantrag, da die Außenministerin die Erleichterung des Visumverfahrens für von der Erdbeben-Katastrophe betroffene türkische und syrische Staatsangehörige erst vor drei Tagen angekündigt hat. Eine schnelle Umsetzung des Antrags kann somit dazu beitragen, dass betroffene Familienangehörige schnellstmöglich zusammengeführt werden können.

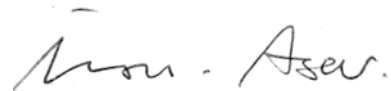
Nürnberg, 14.02.2023

Die Vorsitzende



Betül Özen

Schriftführerin



Gülay Incesu-Asar